

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Rainer Brüderle, Gudrun Kopp, Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Dr. Helmut Haussmann, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Wirtschaftliche Lage und Geldpolitik

Im europäischen Vergleich ist Deutschland bei wichtigen gesamtwirtschaftlichen Indikatoren – Wirtschaftswachstum und jüngste Arbeitsmarktentwicklung – ganz ans Ende zurückgefallen.

Die Auswirkungen der Anschläge in den USA auf die europäische Wirtschaft können noch nicht abgeschätzt werden. Unbestritten ist, dass der Primärimpuls auch auf den Euro-Raum negativ sein wird.

Seit August hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Hauptrefinanzierungssatz um insgesamt 75 Basispunkte gesenkt. Andererseits sieht die EZB angesichts wieder fallender Ölpreise die Preisstabilität zunächst als gewährleistet an. Die Geldmenge M 3 ist zuletzt sehr stark gewachsen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Bundesregierung:

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die aktuelle Geldpolitik der EZB Impulse für eine wirtschaftliche Belebung der Euro-Zone setzt?
2. Wenn ja, wie erklärt sich die Bundesregierung das relativ schlechte Abschneiden der deutschen Volkswirtschaft im europäischen Vergleich?
3. Wie hat sich die Zinsstrukturkurve in Euro-Land seit Anfang August 2001 entwickelt?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung die dahinter stehenden Umschichtungen der Anleger?
5. Welche gesamtwirtschaftlichen Gründe sieht die Bundesregierung für die unterschiedlichen zinspolitischen Strategien von EZB und amerikanischer Notenbank?

Berlin, den 16. Oktober 2001

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

